



Dieter Bornemann, M.A.
Vorsitzender des Redakteursrates
dieter.bornemann@orf.at
Würzburggasse 30
1136 Wien

Ausschuss für Petitionen und
Bürgerinitiativen des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Wien, 30. April 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

besten Dank für die Einladung zur Stellungnahme zur Bürgerinitiative 57/BI und die Möglichkeit, den Standpunkt der Redakteursvertretung darzulegen.

Der ORF-Redakteursrat ist mit den Anliegen dieser Bürgerinitiative in hohem Maße einverstanden. Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und wirtschaftlichen Eigenständigkeit des ORF ist auch eine seit vielen Jahren immer wieder vorgebrachte Forderung der Redakteurinnen und Redakteure.

Eine Reform des Bundesgesetzes über den Österreichischen Rundfunk (ORF-Gesetz) wäre eine wichtige Chance, den ORF mehr in Richtung journalistischer, wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit zu führen. Die mediale Berichterstattung zum Thema legt allerdings den Verdacht nahe, dass es bei einer Reform nicht wirklich um echte Unabhängigkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Sinne des Publikums geht.

Ohne wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit gibt es auch keine journalistische Unabhängigkeit. Die Medienenquete der Bundesregierung im vergangenen Jahr hat zweifelsfrei die Bedeutung des ORF für den Medienstandort Österreich herausgestrichen und es gab - auch von den Vertretern der Privatsender - die einhellige Meinung, dass die Gebührenfinanzierung des ORF nicht fallen dürfe. Die zuletzt politisch angeheizte

Diskussion um die Gebührenfinanzierung in den vergangenen Wochen zeigt allerdings, dass es einer Regierungspartei, der FPÖ, offenbar ein drängendes Anliegen ist, den ORF über die Steuerung der finanziellen Mittel in den Griff zu bekommen. Denn weder eine Gebührensenkung noch die Budgetfinanzierung würden zu einer Sicherung der Zukunftsfähigkeit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und wirtschaftlichen Eigenständigkeit des ORF beitragen. Im Gegenteil.

Die Schärfe, mit der die Diskussion um den ORF - vor allem von der FPÖ - geführt wird, lässt uns nicht daran zweifeln, dass es der FPÖ vor allem um die Einschränkung der journalistischen Freiheit in der Berichterstattung geht. Anders lässt sich nicht erklären, warum führende FPÖ-Politiker öffentlich die Ablöse von Sendungsverantwortlichen oder gar den Rauswurf von ZiB-Moderatoren verlangen.

Schon bei der letzten großen ORF-Reform 2001 wurde von den beiden damaligen ÖVP&FPÖ-Klubobmännern und ORF-Kuratoren, Prof. Dr. Andreas Khol und Ing. Peter Westenthaler, öffentlich erklärt, es werde damit eine „Entpolitisierung des ORF“ geben, und es wurde eine „Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ angekündigt. Die Realität sieht anders aus. Alle Parteien haben je nach ihren Möglichkeiten zu jeder Zeit versucht, Einfluss auf den ORF zu nehmen.

Der ORF ist gesetzlichen Kontrollen und Auflagen unterworfen, die sicherstellen sollen, dass die Gebührengelder sinnvoll eingesetzt werden und die Berichterstattung ausgeglichen und fair ist. Als einziges Medienunternehmen in Österreich hat der ORF den Auftrag, Programme im Dienste und im Interesse der Allgemeinheit zu erstellen. Information, Sport, Kultur und Unterhaltung sind die im Gesetz genannten Kernaufgaben des ORF. Nach dem Motto: „Jeder, der den ORF finanziert, muss auch etwas im Programm für sich finden können.“

Von den einzelnen Forderungen der Bürgerinitiative greifen wir zur Stellungnahme die aus unserer Sicht wesentlichsten heraus, da sie zum Teil überschneidend sind bzw. einander bedingen.

Ausschluss politischer Einflussnahme auf den ORF

Eines der Grundprobleme in der Konstruktion des öffentlich-rechtlichen Senders ist die politische Kontrolle. Auf der einen Seite stehen die Parteien und ihre gewählten Vertreter in einem demokratischen System stellvertretend für das Wahlvolk. Auf der anderen Seite gibt es aber gerade bei der Politik-Berichterstattung einen klassischen Interessenskonflikt: PolitikerInnen, über die ORF-JournalistenInnen tagtäglich berichten sollen, entscheiden über die finanzielle Ausstattung des Senders und oft auch über die berufliche Zukunft von RedakteurInnen. Daher halten wir eine - echte - Entpolitisierung des Stiftungsrates für einen guten Ansatz.

Entpolitisierung der Entscheidungsgremien des ORF

Die Mitglieder der Kollegialorgane des ORF, dazu gehört der Stiftungsrat, sind eigentlich schon jetzt laut §19 ORF-G bei der Ausübung ihrer Funktion an keine Weisungen und Aufträge gebunden. Sie haben ausschließlich die sich aus den Gesetzen und der Geschäftsordnung ergebenden Pflichten zu erfüllen.

Tatsächlich wird aber die Zusammensetzung des Stiftungsrates maßgeblich von den Regierungs- und Parlamentsparteien bestimmt und die Mitglieder sind in inoffiziellen „Freundeskreisen“ organisiert. Diese üben dominanten Einfluss im Stiftungsrat aus und stimmen regelmäßig geschlossen nach ihrer politischen Farbe ab – so wie Fraktionen im Parlament. Und auch bei öffentlichen Stellungnahmen von Stiftungsräten lässt sich sehr häufig die Nähe zu einer politischen Partei herauslesen.

Statt einer parteipolitischen Beschickung des Stiftungsrates sollten sachliche Kriterien festgelegt und eingehalten werden, warum jemand in den Stiftungsrat entsandt wird. Inklusiv öffentlicher Ausschreibung der Funktion. Stiftungsräte müssen ihre Qualifikation nachweisen können, die Entscheidungskriterien sollen veröffentlicht und so für alle nachvollziehbar werden. Österreichische und internationale Medienexperten wären im Aufsichtsgremium wünschenswert.

Eigenständigkeit bei allen Entscheidungen

Das wäre eine beinahe automatische Folge einer tatsächlichen Entpolitisierung des Stiftungsrates. Führungspositionen und Weichenstellungen im Unternehmen unterliegen der Verantwortung der Geschäftsführung, eine politische Einflussnahme über die Besetzung wichtiger Schlüsselstellen im ORF wäre dann nicht möglich. Ausschlaggebend für eigenständige Entscheidungen ist allerdings die wirtschaftliche Eigenständigkeit – ohne ausreichende Finanzierung ist Selbstständigkeit ein Illusion. Eine weitere Verknappung der Mittel führt zu einer Einschränkung der Leistungen des ORF. Wer immer den Geldhahn eines Unternehmens nach Belieben auf- und zudrehen kann, kann jedenfalls ganz massiven Druck auf Entscheidungen ausüben.

Unabhängige Finanzierung

Der FPÖ-Plan, die jetzige Form der Gebührenfinanzierung in eine Budgetfinanzierung umzuwandeln, lehnen wir entschieden ab. Das von Vizekanzler Heinz-Christian Strache dezidiert favorisierte Modell nach dem Beispiel Dänemark hat zu massiven Einschnitten beim öffentlich-rechtlichen Sender geführt: Mit der Umstellung auf Budgetfinanzierung wurde auf Druck der populistischen Volkspartei das Senderbudget des dänischen Rundfunks um 20 Prozent gekürzt. Die Auswirkungen auf Programmangebot und Qualität sind deutlich spürbar - Radio- und TV-Sender mussten geschlossen werden, rund 400 Arbeitsplätze sind verloren gegangen und zahlreiche Nachrichten- und Diskussionsprogramme mussten eingestellt werden. Der große Verlierer der Reform ist das dänische Publikum.

Da die GIS-Gebühr an den Besitz eines Radio- oder TV-Gerätes gebunden ist, muss eine zukunftssichere Form der ORF-Finanzierung gefunden werden. So sollte etwa die sogenannte „Streaming-Lücke“ (also der Empfang von ORF-Inhalten via Internet) geschlossen werden. Ein konkretes Modell dafür gilt es zu erarbeiten.

Wichtig ist jedenfalls, dass die Finanzierungsform des ORF möglichst unabhängig von der Regierung und den politischen Parteien ist, da sonst der Erpressbarkeit der ORF-Geschäftsführung Tür und Tor geöffnet werden.

Online-Beschränkungen

Die derzeitigen Beschränkungen sind zum Teil absurd, etwa, dass mit Gebühren finanzierte Sendungsinhalte von Radio und Fernsehen nur siebenTage lang fürs Publikum abrufbar sein dürfen. Auch die Beschränkung auf 80 Meldungen pro Woche pro Bundesland widerspricht den Interessen des Publikums, ebenso wie das Foren-Verbot. Die Beschränkungen im Online-Bereich haben keineswegs dazu geführt, heimischen Printverlagen und ihrem Angebot zu helfen – vielmehr wurde es internationalen Konzernen leicht gemacht, diesen Markt in Österreich an sich zu ziehen. Die sind allerdings nicht dem öffentlich-rechtlichen Programmauftrag verpflichtet, ihnen geht es um das Erzielen von möglichst hohen Gewinnen für ihre Aktionäre.

Der ORF ist nach wie vor das wichtigste und größte Medienunternehmen dieses Landes. Fast 90 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher nutzen täglich zumindest eines unserer zahlreichen Programmangebote, die möglichst niederschwellig konsumierbar sein müssen. Eine Zerschlagung hätte massive Auswirkungen auf den demokratischen Diskurs in Österreich.

Der ORF ist aber auch einer der wichtigsten Träger heimischer Kultur und Sprache. Kein anderes Unternehmen produziert nur annähernd so viel österreichische Inhalte wie der ORF. Eine Verkleinerung oder gar Zerschlagung könnte hunderte journalistische und technische Arbeitsplätze kosten, ebenso im ausgelagerten Kreativbereich, von der Filmwirtschaft, über Musik, Schauspieler und andere Künstler. Eine Erhaltung eines starken ORF steht also durchaus im nationalen Interesse.

Für weitere Präzisierungen, Nachfragen und Gespräche steht Ihnen die Redakteursvertretung des ORF selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
der Redakteursrat

Dieter Bornemann

Peter Daser

Margit Schuschou